

BILDUNGSKURIER

MAGAZIN DER LANDESBILDUNGSORGANISATION DER SPÖ OÖ • NR. 2 • 70. Jg, JUNI 2019

ÖSTERREICHISCHE POST AG • GZ 02Z032837 M • P.b.b. • SPÖ Oberösterreich, Landstraße 36/1, 4020 Linz

Wie Ungleichheit und Unsicherheit Nationalismus befördern

Seite 4



Interview:

Birgit Gerstorfer
und Georg Brockmeyer
im Gespräch

Seite 6

Populismus:

Was macht ihn so
erfolgreich und was
können wir dagegen?

Seite 9

Der Sonnenkanzler:

Das absolutistische
Demokratieverständnis
von Sebastian Kurz

Seite 12

150m²
GLÜCK

HYPO WohnbauFinanzierung.

HYPO
OBERÖSTERREICH

  www.hypo.at

Wir schaffen mehr Wert.



**Punktlandung mit
individuellem Service.
Das finden wir #digitoll.**

SPORTFAMILIE

DIE SPORTFÖRDERUNG DER ENERGIE AG

*Michael Hayböck
Skisprung-Weltcupsieger und
Vincent Kriechmayr
Abfahrts- & Super-G-Weltcupsieger*

Immer auf dem Sprung. Von einer digitalen Serviceleistung zur nächsten. Punktgenau auf Ihre Bedürfnisse zugeschnitten. Unser eService für Strom und Gas einfach per Mausclick. Für uns steht der Kunde im Zentrum.

ENERGIE AG
OBERÖSTERREICH

Wir denken an morgen

digitoll.energieag.at



Die angeblich harmlosen Freiheitlichen in Oberösterreich

BERND DOBESBERGER • CHEFREDAKTEUR

Der freiheitliche Landeshauptmann-Stellvertreter Oberösterreichs, Manfred Haimbuchner, legt es ja öffentlich gerne staatstragend an. Als „Idioten aus dem Narrensaum“ bezeichnete er 2018, während der Liederbuch-Affäre um den niederösterreichischen FPÖler Udo Landbauer, Mitglieder von dessen Burschenschaft. Ende 2016 sagte er öffentlich, dass ihm die bayrische CSU deutlich näherstehe als die deutsche AfD oder in Frankreich die Partei Marine Le Pens. Soweit der gemäßigte Haimbuchner.

Manfred Haimbuchner ist aber nicht nur Landeshauptmann-Stellvertreter, er ist auch Landesobmann der FPÖ Oberösterreich. Und diese liefert einen „Einzelfall“ nach dem anderen. Zwei Beispiele: Im Mai 2018 sagte der FPÖ-Landesrat Elmar Podgorschek bei einer Veranstaltung der

AfD: „Was wir unbedingt durchführen müssen, ist eine Neutralisierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, auch auf die Gefahr hin, dass uns eine sogenannte Orbanisierung vorgeworfen wird.“ Auch das berühmterüchtigte „Rattengedicht“, in dem MigrantInnen mit Ratten verglichen werden, kam von einem oberösterreichischen FPÖ-Funktionär: dem Braunauer Vizebürgermeister Christian Schilcher.

Wenn derartige Vorkommnisse öffentlich werden, dann folgen nicht selten die Rücktritte der betroffenen FunktionärInnen, so auch geschehen bei Elmar Podgorschek und Christian Schilcher. Manfred Haimbuchner sorgt damit dafür, dass sein Image nicht angepatzt wird. Allein die Tatsache, dass beinahe im Monatstakt neue FPÖ-„Einzelfälle“ bekannt werden, zeigt aber, wes Geistes Kind die Freiheitliche Partei ist.

„Beinahe im Monatstakt werden neue FPÖ-„Einzelfälle“ bekannt.“

Inhalt

- 4 Gesellschaft:** Wie steigende Ungleichheit und Unsicherheit zu Nationalismus führen, erklärt Georg Hubmann.
- 6 Interview:** Birgit Gerstorfer und Georg Brockmeyer im Gespräch über sozialdemokratische Herausforderungen zwischen EU- und Nationalratswahl.
- 8 Wirtschaftstheorie:** Hayeks wirtschaftstheoretischen Siegeszug und was wir daraus lernen können, beleuchtet David Dujmovic.
- 9 Politikwissenschaft:** Die Hochkonjunktur des Populismus und mögliche Gegenstrategien analysiert Walter Ötsch.
- 10 Kommentar:** An die gemeinsame Gestaltung einer Gesellschaft, in der alle gleich viel wert sind, appelliert Gertraud Jahn.
- 11 Analyse:** Wahlkampfstrategische Überlegungen zwischen Macron und Corbyn stellt Klaus Baumgartner an.
- 12 Demokratie:** Sebastian Kurz' absolutistisches Demokratieverständnis entlarvt Bernd Dobesberger.



6



8



10



12



PEFC zertifiziert
Dieses Produkt stammt aus nachhaltig bewirtschafteten Wäldern und kontrollierten Quellen
www.pefc.at

gedruckt nach der Richtlinie „Druckerzeugnisse“ des österreichischen Umweltzeichens, Gutenberg-Werbering GmbH, UW-Nr. 844



Klimaneutral
Druckprodukt
ClimatePartner.com/53401-2678-0009

Medieninhaber, Herausgeber, Verleger: Sozialdemokratische Partei Österreich, Landesorganisation – Landesbildungsausschuss, 4020 Linz, Landstraße 36/1
Tel: 05-77 26 11-16, annemarie.obermueller@spoe.at, www.renner-institut.spoe.at

Redaktion: Bernd Dobesberger, Georg Hubmann, Wolfgang Kempfner, Manuel Kreuzer, Gerald Mitterlehner, Annemarie Obermüller, Peter Rohrmoser

Grundsätzliche Richtung: sozialdemokratisch

Hersteller: Gutenberg-Werbering Ges.m.b.H.

Nr. 02/19, Juni, SPÖ OÖ-Info-Nr. 2/2019, GZ 02Z032837 M, P.b.b. Erscheinungsort Linz, SPÖ OÖ, 4020 Linz, Landstraße 36/1

Wie Ungleichheit und Unsicherheit Nationalismus befördern

Ungleichheit und Unsicherheit nehmen zu. Das treibt viele Menschen in die Arme von RechtspopulistInnen. Alternative Antworten sind dringend gefordert.

GEORG HUBMANN

Die Schere zwischen Arm und Reich geht immer weiter auseinander. Der Druck in der Arbeitswelt nimmt zu. Lebensverhältnisse werden immer unsicherer. Was bedeutet das für den einzelnen Menschen, für die Gesellschaft als Ganzes und welche Schlussfolgerungen muss man ziehen, wenn man mit fortschrittlicher Politik erfolgreich sein will?

Ungleichheit wächst

Die Welt wird immer ungleicher. Das gilt für Einkommen genauso wie Vermögen, und zwar in Österreich genauso wie im Rest der Welt. So verdient in Österreich ein ATX Vorstand das 56fache des Medianeinkommens von Beschäftigten. Seit 2003 stiegen die ManagerInnengagen um 208 Prozent, während die Einkommen der ArbeiterInnen und Angestellten nur um 32 Prozent zugelegt haben. Ähnliches gilt für die Vermögensverteilung: Das reichste Prozent in Österreich besitzt mehr als 40 Prozent des gesamten Vermögens, die ärmere Hälfte gerade mal 2,5 Prozent. Diese stets zunehmende Konzentration des Reichtums bei Wenigen

mit gleichzeitig stagnierenden Einkommen bei den Vielen bleibt nicht ohne gesellschaftliche Folgen: Die Superreichen gewinnen immer mehr an Einfluss, während sich immer mehr Menschen schwer tun, über die Runden zu kommen.

„Superreiche gewinnen an Einfluss, während sich immer mehr Menschen schwer tun, über die Runden zu kommen.“

Unsicherheit wächst

Das Wohlstandsversprechen, dass es den eigenen Kindern einmal besser geht als einem/einer selbst, rückt also für immer mehr Menschen in weite Ferne. Das sorgt genauso für Verunsicherung wie die Veränderungen der Lebensumstände selbst. Vor 40 bis 50 Jahren war ein durchschnittliches Leben in Österreich von gut abgesicherten Berufskarri-

DER AUTOR:

Georg Hubmann ist Sozialwissenschaftler und leitet das Marie Jahoda – Otto Bauer-Institut. www.jbi.or.at



eren und stabilen privaten Beziehungen gekennzeichnet. Das hat sich verändert: Gut eine Million Menschen sind einmal im Jahr arbeitslos, damit verbunden sind häufigere Wechsel von DienstgeberInnen und Wohnorten. Es ist aber auch die Scheidungsrate gestiegen – ein Hinweis auf ebenso instabilere Beziehungsverhältnisse im Privatbereich. Noch ein weiterer Umstand belegt steigende Unsicherheit: Die zunehmende globale Mobilität führt zu einer immer bunter werdenden Gesellschaft. All diese Veränderungen verunsichern viele Menschen, weil sie ihr persönliches Fortkommen und ihren Stellenwert in der Gesellschaft bedroht sehen.

Wer bin ich? Was bin ich wert?

Interessant ist, was diese Entwicklungen für den Stellenwert eines Menschen in der Gesellschaft bedeuten. Sehr viele Menschen definieren sich über ihre Arbeit. Das ist anhand der üblichen Frage „Was machst du eigentlich so?“ leicht

Nationalismus übernimmt identitätsstiftende Bedeutung, wenn Menschen ihr persönliches Fortkommen und ihren Stellenwert in der Gesellschaft bedroht sehen.



nachzuvollziehen. Bei der Antwort geht es in den allermeisten Fällen darum, was jemand arbeitet. Das zeigt, dass wir uns über unsere berufliche Stellung definieren und diese uns einen Platz in der Gesellschaft zuordnet.

Wenn nun viele Menschen im Berufsleben Unsicherheit erfahren, sei es durch häufig wechselnde Jobs oder durch schlecht bezahlte und wenig wertgeschätzte Tätigkeiten, dann geht für sie der Stellenwert in der Gesellschaft und damit auch ein Teil der Identität verloren. Es taucht dann die Frage auf: „Wer bin ich und was bin ich wert?“

Die verlorene Identität der „Abgehängten“

In der soziologischen Analyse werden diese Gruppen oft als „Abgehängte“ bezeichnet. Diese haben zurecht den Eindruck, dass sich ihr eigenes Bemühen nicht mehr lohnt, sich die Politik nicht um sie kümmert und sie auch keine Chance auf einen guten Job haben, der ihre Teilhabe an der Gesellschaft sichert. Die verlorene Identität der „Abgehängten“ hat wachsenden Unmut und eine Suche nach anderen Möglichkeiten, wieder Selbstwertgefühl zu erlangen, zur Folge.

Der Bezug auf die Nation spielt dabei eine große Rolle, wie die Sozialpsychologin Marie Jahoda erklärt: Die Zugehörigkeit zu einer Nation sei eine der frühesten Erfahrungen, die ein Mensch im Zuge seiner Sozialisation mache. Zum Beispiel in der Schule, wo wir alles über unser Land lernen, von der Sprache bis zur Hymne. Die nationale Zugehörigkeit übernimmt also eine zentrale

Rolle in der Identitätsstiftung, wenn andere Ebenen wie der Beruf wegbrechen. Damit werden Menschen auch für nationalistisches Gedankengut leichter zugänglich. Das zeigt sich in Protestbewegungen und Wahlergebnissen in England, Frankreich oder Deutschland sehr deutlich.

Konservative und RechtspopulistInnen im Duett

Dabei sind genau diejenigen, an die sich die „Abgehängten“ in ihrer Verzweiflung wenden, die eigentlich Schuldigen an der Misere: Konservative und RechtspopulistInnen im Duett – sie spielen einander den Ball zu und befördern sich gegenseitig.

„Konservative und RechtspopulistInnen spielen einander den Ball zu.“

Konservative Wirtschaftspolitik spaltet unter dem Dogma, dass der Markt alles besser kann, die Gesellschaft. Das geschieht vor allem durch die Privatisierung gemeinschaftlicher Strukturen, vom Pensionssystem bis zur Daseinsvorsorge. Getrieben von dem irrigen Menschenbild, dass Menschen grundsätzlich faul sind, wird immer mehr Druck auf Arbeitssuchende ausgeübt. Arbeitsschutzrechte werden beschnitten und Kollektivverträge zurückgedrängt. All das befördert die soziale Spaltung der Gesellschaft. Viele können einfach nicht

mehr mit und werden zurückgelassen. An dieser Stelle kommt der Rechtspopulismus ins Spiel: Jenen, denen andere identitätsstiftende Merkmale genommen wurden, wird die Nation als zentrale Bezugsgröße angeboten, die dankbar angenommen wird.

So ist es auch zu erklären, dass die FPÖ in der Gunst ihrer mehrheitlich nicht privilegierten WählerInnen nicht gesunken ist, obwohl sie neoliberale Wirtschaftspolitik und Sozialabbau in ihrem Programm festgeschrieben und auch umgesetzt hat. FPÖ WählerInnen erwarten nicht, dass sich ihre persönliche Situation durch die Politik der FPÖ verbessert. Es geht vielmehr darum, dass sie sich in ihrer Identität als ÖsterreicherInnen gestärkt fühlen wollen.

Was tun?

Dagegenhalten kann man hier nur mit einer Politik, die die Gesellschaft zusammenhält und nicht spaltet. Vermögens- und Erbschaftssteuern, eine

„Es braucht eine Vision für eine Gesellschaft, in der niemand zurückbleibt.“

Jobgarantie für Langzeitarbeitslose, höhere Mindestlöhne, niedrigere Mieten und der Kampf gegen die zunehmende prekäre Beschäftigung sind ein Teil der Antwort. Es braucht eine Vision für eine Gesellschaft, die zusammenhält und in der niemand zurückbleibt.



„Wir sind die soziale Alternative zu Rechten und Konservativen!“

SPÖ Landesparteivorsitzende Birgit Gerstorfer und SPÖ Landesgeschäftsführer Georg Brockmeyer im Interview mit dem Bildungskurier über sozialdemokratische Herausforderungen zwischen EU- und Nationalratswahl.

Bildungskurier: Bei der EU-Wahl hat die Sozialdemokratie in den einzelnen Mitgliedsstaaten sehr unterschiedlich abgeschnitten. Wo liegen für dich die Gründe für diese Entwicklung?

Gerstorfer: Die Wahlergebnisse der einzelnen Mitgliedsstaaten gegenüberzustellen, ist mit Vorsicht zu genießen, zumal sich die innenpolitische Lage teilweise massiv unterscheidet. Generell hat die Sozialdemokratie dort gut abgeschnitten, wo sie auf ihre Themen gesetzt

„Die Sozialdemokratie hat dort gut abgeschnitten, wo sie auf ihre Themen gesetzt hat.“

hat und mit einer klaren Haltung in den Wahlkampf gezogen ist, wie beispielsweise in Spanien und Portugal. Der historische Sieg in den Niederlanden ist grandios, aber leider eine Ausnahme. Dennoch zeigt es: Sozialdemokratische Politik ist nicht von gestern, sondern kann die Leute mitreißen. Das gilt es nun auch bei uns umzusetzen.

„Sozialdemokratische Politik ist nicht von gestern, sondern kann die Leute mitreißen.“

Bildungskurier: Stichwort: bei uns. Welche inhaltlichen wie strategischen Schlussfolgerungen kann die SPÖ aus den Ergebnissen der EU-Wahl ziehen?

Gerstorfer: Ich denke man kann sich von den SiegerInnen durchaus etwas abschauen. Es geht darum, klare Inhalte und Botschaften plakativ und emotionalisierend zu vermitteln. Die Menschen müssen genau wissen, wofür wir stehen und für welche Themen wir uns einsetzen. Es muss spürbar werden, dass wir eine soziale, gerechte und moderne Alternative zu rechten und konservativen Parteien sind. Wir sind diejenigen, die den digitalen Wandel in einer globalisierten Welt sozial und für alle Menschen gestalten. Wir lassen niemanden zurück. Dazu braucht es klare Zukunftsvisionen, die wir den WählerInnen anbieten. Im nun kommenden Nationalratswahlkampf werden wir genau das machen.

Bildungskurier: Du bist angetreten, um die SPÖ Oberösterreich für die kommenden Wahlkämpfe neu aufzustellen. Wo wirst du Schwerpunkte setzen, welche Themen sollen auf unserer Agenda ganz oben stehen?

Brockmeyer: Wir müssen unsere potentiellen WählerInnen direkter erreichen – raus aus der eigenen Blase. Unsere Mitglieder sind überall in Oberösterreich Teil der Gesellschaft. Ihnen möchte ich den Rücken stärken. Wir alle sind so die besten WerbeträgerInnen für ein anderes Österreich und für sozialen Zusammenhalt. Gleichzeitig müssen und werden wir verstärkt online und auf sozialen Medien für uns werben. Dazu werden wir auch verstärkt mit den Mitteln des datenbasierten Wahlkampfes arbeiten, um unsere Zielgruppen direkt ansprechen zu können. Bei Veranstaltungen und Wahlkampfaktionen möchte ich neue Wege gehen. Wenn wir alles so wie immer machen, werden wir nicht erfolgreich sein. Also mehr BürgerInnenforen und Aktionismus statt Infostände.



IM INTERVIEW

Birgit Gerstorfer
ist Vorsitzende der SPÖ Oberösterreich und Sozial-Landesrätin.

Georg Brockmeyer
führt die SPÖ Oberösterreich als neuer Landesgeschäftsführer in die Landtagswahlen 2021.

Bildungskurier: Was wird uns in der nächsten Zeit am meisten Spaß machen? Wie wird man den frischen Wind in den Sektionen und Ortsparteien spüren?

Brockmeyer: Mein Ziel ist es, noch intensiver mit den Bezirken und in weiterer Folge mit den Orten zusammenzuarbeiten. Ich sehe es als Aufgabe der Landespartei, den Ehrenamtlichen die nötigen Werkzeuge mitzugeben, um eine Kampagne erfolgreich umzusetzen. Die Freude und der Spaß am Wahlkämpfen dürfen dabei nicht in Vergessenheit geraten. Wir haben zwar keine Großspender wie

die ÖVP, aber viele engagierte Mitglieder und FunktionärInnen. Wir sind die Vielen, die mächtiger sein werden als die Wenigen, die es sich schon immer haben richten können.

„Wir haben zwar keine Großspender wie die ÖVP, aber viele engagierte Mitglieder.“

Bildungskurier: Die Ausgangslage für die Nationalratswahl scheint schwierig. Wie müssen wir uns inhaltlich positionieren und nach Außen auftreten, um bei der Wahl im September einen Erfolg einzufahren?

Gerstorfer: Wir müssen uns um die Themen kümmern, die den Menschen am Herzen liegen bzw. die ihnen Sorgen bereiten. Bei den Jugendlichen ist es der Umwelt- und Klimaschutz, bei den älteren MitbürgerInnen ist es die Pflege. Aber auch der Mangel an leistbarem Wohnraum beschäftigt die Bevölkerung, vor allem in den Städten. Unsere Auf-

„Wir sind die Vielen, die mächtiger sein werden als die Wenigen.“

gabe ist es, unsere Lösungsvorschläge und Zukunftsvisionen so zu artikulieren, dass sie bei den Menschen auch wirklich ankommen. Und nicht zuletzt wird es eine Herausforderung, aber auch eine Pflicht sein, das Vertrauen in die Politik wieder zurückzugewinnen. Dass die Menschen nach dem Ibiza-Skandal verunsichert und von der Politik im Allgemeinen enttäuscht sind, ist nachvollziehbar und verständlich.

Bildungskurier: RechtspopulistInnen spalten mit ihrer Kommunikation die Gesellschaft und spielen einzelne Gruppen gegeneinander aus. Welche Botschaften müssen wir als SozialdemokratInnen senden, damit wir da dagegenhalten können?

Brockmeyer: Die Rechten haben sich über Jahre hinweg eine eigene Medienlandschaft in Österreich aufgebaut – seien es

die Print-Magazine, die zahlreichen Online-Plattformen, aber auch die reichweitenstarken Social-Media-Kanäle. Es wird eine große Herausforderung für uns, die Menschen in dieser Blase zu erreichen. Umso wichtiger ist es, dass wir unsere Forderungen und Lösungen klar auf den Punkt bringen. Wir konzentrieren uns ständig darauf, das Wie zu erklären. Dabei wäre es viel wichtiger, das Warum zu erzählen.

Bildungskurier: Welchen Beitrag können wir vor Ort leisten, damit die Nationalratswahl der Auftakt für eine erfolgreiche Wahl in Oberösterreich 2021 wird?

Gerstorfer: Die wertvollste Arbeit vor Ort ist meiner Meinung nach immer noch das persönliche Gespräch. Die Ortsparteien kennen die BürgerInnen und treffen sie auf Veranstaltungen, im Wirtshaus, beim Wochenmarkt usw. Reden, diskutieren und überzeugen: Das ist das Um und Auf, um unsere Botschaften zu verbreiten und bei Wahlen gut abzuschneiden.

Im direkten Gespräch gelingt es, die Menschen von der Sozialdemokratie zu überzeugen.



Hayeks „Mut zur Utopie“ und was wir daraus lernen können

Der Wirtschaftstheoretiker Friedrich August von Hayek verhalf dem Neoliberalismus in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zum Durchbruch. Was können wir aus Hayeks Siegeszug lernen?

DAVID DUJMOVIC

„Die wichtigste Lektion, die der wahre Liberale vom Erfolg der Sozialisten lernen muss, ist [...] ihr Mut zur Utopie“. Mit diesem Zitat läutete der österreichische Ökonom Friedrich August von Hayek 1949 eine Kehrtwende im ökonomischen Diskurs ein. Seine Utopie war es, staatlicher Wirtschaftsaktivität und Regulierung ein Ende zu setzen.

WirtschaftshistorikerInnen beschreiben die Nachkriegsjahre als „goldenes Zeitalter des Kapitalismus“. Staatliche Wirtschaftsaktivität – etwa im Sozial- und Bildungsberiech, aber auch im Bereich der Industrie – gepaart mit einer strengen Regulierung der Finanzmärkte bildeten das Erfolgsrezept, das die Wirtschaft zum Florieren brachte und es der Nachkriegszeit-Gesellschaft gleichzeitig ermöglichte, Wohlstand aus abhängiger Arbeit aufzubauen.

Der Siegeszug des Neoliberalismus

Hayek musste also ganze Arbeit leisten, um dieses Erfolgsmodell zu diskreditieren. Zu diesem Zweck gründete er die Mont Pelerin Society (MPS). Mit einem Netzwerk aus zahlreichen Denkfabriken gelang es ihm und seinen AnhängerInnen, der neoliberalen Denkschule (in der Ökonomie wird von Neoklassik gesprochen) zum Durchbruch zu verhelfen. Stimmen, die Wohlstand für alle forderten, traten immer mehr in den Hintergrund. Stattdessen setzte sich überall – sogar in der universitären Lehre – das Dogma der globalen Wettbewerbsfähigkeit durch, die mit Freihandel und Privatisierungen gefördert werden sollte.

Veranschaulichen lässt sich diese Entwicklung anhand des Zuwachses an MPS-zurechenbaren Denkfabriken im Lauf der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts: Lag deren Zahl 1950 noch bei zehn, stieg sie bis 1990 auf ca. 100 an. Österreichische Ableger der MPS sind etwa – wie

der Name schon sagt – das Hayek Institut oder die Agenda Austria.

Auch bzw. insbesondere im 21. Jahrhundert setzte sich der Siegeszug des Neoliberalismus fort. Immer mehr Bereiche des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens wurden und werden dem neoliberalen Dogma untergeordnet. So waren Hedgefonds, die berühmt be-

„Immer mehr Lebensbereiche werden dem neoliberalen Dogma untergeordnet.“

rüchtigten „Heuschrecken“ des Finanzmarkts, in Deutschland noch 2001 verboten. Zehn Jahre später, im Jahr 2011, forderte die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel sogar schon von der Demokratie Marktconformität ein.

Aus der Geschichte lernen

Bei aller Kritik muss man Hayek doch in einem Recht geben: Mut zur Utopie ist der Schlüssel zum Erfolg – und gerade das zeichnet SozialdemokratInnen seit jeher aus, wie er ebenfalls anerkennend be-

„Man muss Hayek in einem Recht geben: Mut zur Utopie ist der Schlüssel zum Erfolg.“

merkt. So wie damals Hayek, muss es sich die Sozialdemokratie heute zur Aufgabe machen, das neoliberale Dogma zurückzudrängen. Dabei gilt es mit entsprechender Steuerpolitik, von Großkonzernen mutig einen fairen Beitrag für die Gesellschaft einzufordern. Auch der Aufbau von

DER AUTOR:

David Dujmovic

hat einen Bachelor an der FH Steyr abgeschlossen. Derzeit studiert er an der JKU Linz Sozialwirtschaft mit dem Schwerpunkt Ökonomie, Wissenschaftlichkeit der Wirtschaftswissenschaften.



Wohlstand aus Lohnarbeit muss wieder möglich werden, indem man die Prekariisierung der Arbeit beendet und umkehrt.

Aber nicht nur die Politik, auch die Universitäten können ihren Teil dazu beitragen, den Neoliberalismus in seine Schranken zu weisen. ProfessorInnen und Wissenschaft müssen einen vielfältigen Diskurs ermöglichen, indem sie alternative Theorien fördern und nicht in einer Nische verschwinden lassen.

All das mag nach Utopie klingen, doch das hat Hayek 1949 auch nicht aufgehoben...

Mit dem Siegeszug des Neoliberalismus ist globale Wettbewerbsfähigkeit an die Stelle von Wohlstand für alle getreten.



Bedroht der Populismus die Demokratie?

Populismus erlebt nicht nur in Österreich, sondern weltweit eine Hochkonjunktur. Doch was versteht man eigentlich darunter? Warum ist er so en vogue? Und was kann man dagegen unternehmen?

WALTER ÖTSCH

Was ist Populismus?

Im Buch *Populismus für Anfänger*. Anleitung zur Volksverführung von Nina Horacek und mir ist Populismus so erklärt: Sein Kern besteht aus dem Bild einer in zwei Teile gespaltenen Gesellschaft. Auf der einen Seite stehen „die WIR“: Das sind die guten und wahrhaftigen Menschen im Lande. Auf der anderen Seite stehen „die ANDEREN“: Das sind die „Eliten“, die „Ausländer“ und auch die „Schmarotzer“. Angesprochen werden aggressive Gefühle gegen „die ANDEREN“: Sie sind die Ursache für alle Probleme, WIR sind ihre Opfer. In diesem Denken, das in Österreich unheimlich verbreitet ist, werden alle sozialen Fragen als ethnische oder nationale Fragen umgedeutet. Es geht um die Solidarität mit „den WIR“, z.B. mit „dem Volk“, nicht um die Solidarität mit Personen, denen es ökonomisch schlecht geht.

Ist Populismus demokratiegefährdend?

Populismus enthält immer eine Eskalationsspirale. Je mehr Macht man hat, je mehr man sich inszenieren kann und je mehr die Medien dem folgen, desto mehr „ANDERE“ können erfunden werden. Viktor Orbán, beispielsweise, hat

„Populismus enthält immer eine Eskalationsspirale.“

2018 den Wahlkampf im Kampf gegen den fiktiven Feind George Soros gewonnen. Letzterer habe die EU dazu gebracht, die vielen Flüchtlinge ins Land zu lassen, weil Ungarn „umgevolkt“ werden solle. Alle kritischen Medien, Parteien, WissenschaftlerInnen, NGOs, etc. seien Teil dieser Verschwörung. Folglich müs-

sen sie zurückgedrängt und unterdrückt werden. Dass Orbán seine Androhungen auch in der Praxis umsetzt, hat er bereits unter Beweis gestellt. Am Beispiel Orbán zeigt sich also, dass Populismus ganz klar demokratiegefährdend ist.

Warum findet ein solches Denken so viel Anklang?

Die Hochkonjunktur des Populismus weist auf eine tiefe Krise der Gesellschaft hin. Populismus gedeiht derzeit vornehmlich auf dem Boden folgender

„Die Hochkonjunktur des Populismus weist auf eine tiefe Krise der Gesellschaft hin.“

Bedingungen: Erstens gibt es eine längerfristig stattfindende Entwicklung im Wirtschaftssystem hin zu zunehmender Ungleichheit und verschlechterten Arbeitsbedingungen. Über Jahre hinweg sind so langsam Ängste angestiegen, die die RechtspopulistInnen als „Wut von unten“ nützen. Zweitens hat der Schock der Finanzkrise 2008 mittelfristig eine tiefe Verunsicherung bewirkt und die Frage aufgeworfen, wie handlungsfähig die Politik noch ist. Und drittens wird kurzfristig die Angst vor AusländerInnen und vor Terrorattentaten politisch genützt.

Was kann man dagegen tun?

Um Populismus etwas entgegenzusetzen, muss man zunächst die Ursachen für die „Wut von unten“ verstehen. Dabei wird deutlich, dass unserer Gesellschaft Zukunftsbilder fehlen. Solche Bilder können die RechtspopulistInnen nicht liefern. Sie sind im Bild einer vermeintlich „guten alten Zeit“ gefangen und bauen ihr Zukunftsprogramm darauf auf. Ein

DER AUTOR

Walter Ötsch

ist Ökonom und Kulturwissenschaftler. Er gilt als Experte für demagogisch geprägte politische Diskurse.

Nach langer Lehr- und Forschungstätigkeit an der Johannes Kepler Universität Linz (JKU), ist er seit Oktober 2015 an der Cusanus Hochschule als Professor für Ökonomie und Kulturgeschichte tätig.



Beispiel dafür ist Trumps berühmte Losung „Make America great again“, zu Deutsch etwa „Macht Amerika wieder großartig“. Die Chance, Populismus zurückzudrängen, liegt also darin, lebendige Zukunftsdiskurse zu entwerfen: Wie sieht ein gutes Leben aus? Wie muss sich das Land verändern, damit wir in eine gute Zukunft gehen können? Wie kann das alles politisch erreicht werden?

Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán (re.) und der US-amerikanische Präsident Donald Trump (li.) gelten als Musterbeispiele populistischer Politiker.



Quelle: shutterstock.com

Die Sozialdemokratie ist das Rezept für sozialen Zusammenhalt

Rechtsnationale und Konservative spalten die Gesellschaft und opfern den Sozialstaat der blinden Profitgier einiger Weniger. Das Rezept dagegen liefert die Sozialdemokratie.

GERTRAUD JAHN

Wer in Österreich krank, arbeitslos, alt oder weniger leistungsfähig ist, ist durch ein weltweit vorbildhaftes Sozialsystem abgesichert. Öffentliche Leistungen, wie Kinderbetreuung, Ganztagschulen, Pflegeprojekte, etc., wurden unter sozialdemokratischer Führung stets ausgebaut. Schwarz-Blau hat damit gebrochen und den Sozialabbau eingeleitet. Das vorzeitige Ende der Bundesregierung heißt aber noch lange nicht, dass die Propaganda von ÖVP und FPÖ nicht weiter Früchte trägt.

Das Grundrezept der Rechtsnationalen und der Rechtskonservativen ist die ideologische Spaltung der Gesellschaft in „WIR“ und die „ANDEREN“, die „Guten“ und die „Schlechten“, wobei die Feindbilder nach Bedarf geschaffen werden. Dahinter stecken handfeste ökonomische Interessen: Um die privaten Profite zu sichern, werden ArbeitnehmerInnen-Rechte abgebaut, Lohndumping gefördert und der Sozialstaat – seit jeher strukturelle Grundlage für sozialen Zusammenhalt – generell in Frage gestellt.

Dabei ist wissenschaftlich erwiesen, dass sozialer Zusammenhalt für alle besser ist als eine Ellbogengesellschaft, in der das Recht der Stärkeren gilt. Die weltweit beachtete Studie „Gleichheit ist Glück“, weist klar nach, dass in Ländern mit mehr Gleichheit Lebenserwartung, Gesundheitszustand und allgemeiner Bildungsstand höher und Kriminalität, Gewalt und Gefängnisstrafen viel seltener sind, als in Gesellschaften mit hoher Ungleichheit.

Als SozialdemokratInnen ist es daher unsere Pflicht, gegen das rechtsnationale und konservative Weltbild, in dem

jede und jeder sich selbst überlassen ist, anzukämpfen. Wir müssen das Bild einer Gesellschaft prägen, in der sich alle nach ihren Talenten und Vorstellungen entfalten können, in der die Menschen Verantwortung für sich selbst und für die Gemeinschaft übernehmen und in der soziale und persönliche Sicherheit gewährleistet sind.

Es gibt ein weltweit beachtetes Vorbild für unsere Vision einer solidarischen Gesellschaft: Das rote Wien. Soziale Durchmischung, Gemeinschaftsprojekte und großzügig gestaltete Wohnbauten auch für ärmere Familien waren das Markenzeichen des historischen roten Wien und stehen auch heute noch immer im Zentrum der Wiener Stadtpolitik.

„Wo SozialdemokratInnen in Politikverantwortung sind, steht Gemeinwesenarbeit im Zentrum.“

Das zeigt: Wo wir als SozialdemokratInnen in Politikverantwortung sind, stellen wir Gemeinwesenarbeit ins Zentrum.

Für eine Gesellschaft, in der alle gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilhaben können, statt einer

DIE AUTORIN:

Gertraud Jahn

war bis zum Ablauf der Legislaturperiode 2015 Soziallandesrätin und Klubobfrau der SPÖ Oberösterreich im Landtag.



„Für eine gleichberechtigte Gesellschaft braucht es die Sozialdemokratie heute und in Zukunft.“

Welt, in der nur mehr Gutsituierte ein würdiges Dasein führen können – dafür braucht es die Sozialdemokratie heute und in Zukunft.

Aber um erfolgreich zu sein, müssen wir den sozialen Zusammenhalt auch durch Förderung von Begegnung erlebbar machen. Erst wer mit Menschen aus anderen Milieus oder Kulturen in näheren Kontakt tritt, kann ein tiefes Gefühl des Verständnisses für die Situation anderer erfahren. Eine Gesellschaft, in der jede und jeder gleich viel wert ist, können wir nur miteinander gestalten. Arbeiten wir gemeinsam daran!

Eine Gesellschaft, in der jede und jeder gleich viel wert ist, können wir nur miteinander gestalten.



Macron oder Corbyn - Wie kann die SPÖ zu ihrer alten Stärke zurückfinden?

Beide ehemalige Großparteien SPÖ und ÖVP verlieren Stimmen an die FPÖ.
Wie kann die SPÖ die verlorenen WählerInnen wieder zurückzugewinnen?

KLAUS BAUMGARTNER

Sprach man bis vor Kurzem noch von SPÖ und ÖVP als die beiden „Großparteien“, hat sich die rechtspopulistische FPÖ in den vergangenen Jahren zu einem mittlerweile gleichstarken Konkurrenten von Rot und Schwarz entwickelt. Im Zuge dessen sind auch viele traditionelle Wählergruppen der Sozialdemokratie zur FPÖ abgewandert. Um zu ihrer alten Stärke zurückzufinden, könnte die SPÖ auf unterschiedliche Strategien setzen.

Macron: Weder links noch rechts?

Dem französischen Staatspräsidenten Emmanuel Macron gelang es 2017 unter dem Motto „weder links noch rechts“ die Wahlen zu gewinnen. Mit seiner Sammelbewegung En Marche konzentrierte er sich ganz auf das liberale Lager und war damit erfolgreich. Das ist

„Eine Fokussierung auf das liberale Lager könnte eine Entfremdung von den SPÖ-Kernschichten bedeuten.“

für die SPÖ jedoch eine riskante Strategie. Eine Fokussierung der SPÖ auf das (kleinere) gesellschaftsliberale Lager könnte eine endgültige Entfremdung von den SPÖ-Kernschichten bedeuten. Und selbst wenn die SPÖ dadurch einen Stimmenzuwachs verzeichnen könnte, ohne bestehende Wählerschichten zu verlieren, würde dies die komfortable Mehrheit von ÖVP und FPÖ noch lange nicht gefährden. Die Stimmen hätten sich nur innerhalb des liberalen Spektrums verlagert.

Corbyn: Für die Vielen, nicht die Wenigen!

Das Gegenmodell zu Macrons Strategie ist jene von Labour-Chef Jeremy Cor-

byn in Großbritannien, der den Fokus auf die traditionellen Wählerschichten der Sozialdemokratie legt. Umgelegt auf die SPÖ würde dies eine direkte Auseinandersetzung innerhalb der rot-blauen Kampfzone bedeuten. Dafür würde die Partei eine kantige und sozial-populäre Rhetorik benötigen, die darauf abzielt, die politische Handlungsfähigkeit gegenüber Banken, Konzernen, Lobbys und Superreichen wiederherzustellen und so die Globalisierung zu bändigen. Grüne, Neos und Liste Pilz können diese Auseinandersetzung nicht authentisch führen. Nur

„Nur die SPÖ ist eine glaubhafte Stimme gegen das Diktat der Wirtschaft in der Politik.“

die SPÖ ist eine glaubhafte Stimme gegen das Diktat der Wirtschaft in der Politik. Diese Strategie wird nicht bei allen urban-liberalen Gruppen gut ankommen, dafür könnte es aber gelingen, die an die Blauen verlorenen Stimmen wieder zurückzugewinnen. Insgesamt würde die SPÖ damit wahrscheinlich mehr Stimmen in industriell geprägten Orten wie Wels gewinnen, als sie in Universitätsstädten wie Graz verlieren würde.

Der österreichische Weg: eine neue Klassenidentität

Österreich unterscheidet sich sozial und politisch von Frankreich und Großbritannien. Die SPÖ wird jedenfalls gut daran tun, eine

DER AUTOR:

Klaus Baumgartner ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Marie-Jahoda-Otto-Bauer-Institut (www.jbi.or.at) und Vorsitzender der SPÖ Dornach Auhof.



einseitige Strategie zu vermeiden und neben den urban-liberalen auch die traditionellen Zielgruppen anzusprechen. Dazu braucht es für beide ein glaubwürdiges inhaltliches Angebot. Das bedeutet neben Chancengerechtigkeit auch ein klares Bekenntnis zur Umverteilung. Es bedeutet zuletzt auch, eine zeitgenössische Klassenidentität zu forcieren, die unmissverständlich alle inkludiert, die sich in ähnlichen Lebenssituationen befinden – unabhängig von Herkunft, Geschlecht oder Religion. Den österreichischen 58-Prozent-Orbán-Block kann nur die Sozialdemokratie bezwingen. Dazu muss sie aber auch innerhalb dieses Blocks wirksam werden.

Eine zeitgenössische Klassenidentität inkludiert alle, die sich in ähnlichen Lebenssituationen befinden – unabhängig von Herkunft, Geschlecht oder Religion.



Das absolutistische Demokratieverständnis von Sebastian Kurz

Die österreichische Verfassung hält den Parlamentarismus hoch – im Unterschied zu Sebastian Kurz. Der stellt sich Politik als absolutistisches Durchregieren an der Spitze der Regierung vor.

BERND DOBESBERGER

Eleganz und Schönheit – mit diesen beiden Attributen belegte Bundespräsident Alexander Van der Bellen im Zuge der Regierungskrise im Mai die österreichische Bundesverfassung. Daran, dass Sebastian Kurz diese Auffassung teilt, bestehen begründete Zweifel – das haben die vergangen 17 Monate gezeigt. Doch ganz von vorne...

Parlamentarismus als zentrales Element der österreichischen Verfassung

Im kommenden Herbst feiert die österreichische Verfassung ihren 99. „Geburtstag“: Am 1. Oktober 1920 wurde sie im Nationalrat beschlossen. Die neue Verfassung beendete auch die unmittelbare Nachkriegsphase und die politische Konstituierung der Erste Republik. In den ersten beiden Nachkriegsjahren wurde Österreich von einer Konzentrationsregierung unter Staatskanzler Karl Renner aus Sozialdemokraten, Christlichsozialen und Deutschnationalen geführt. Die extrem schwierigen wirtschaftlichen und politischen Bedingungen erforderten eine enge Kooperation der Parteien und ihrer RepräsentantInnen in Regierung und Parlament. Gleichzeitig war diese Phase aber auch von heftigen politischen Konflikten geprägt.

„Die Idee des Verfassungsgesetzes war, politische Auseinandersetzungen ins Parlament zu verlagern.“

Die Idee des Verfassungsgesetzes war, derartige Auseinandersetzungen ins Parlament zu verlagern und keine Festlegungen für die zukünftige gesellschaftliche und wirtschaftliche Ordnung vorzunehmen. Durch demokratische Wahlen und den parlamentarischen Pro-

zess sollte gewährleistet sein, dass die Interessen aller gesellschaftlichen Gruppen, Klassen und Schichten sich im Parlament wiederfinden. Der Klassenkampf und seine Auseinandersetzungen sollten im demokratisch gewählten Parlament geführt und entschieden werden.

Die Rechte in Österreich entfernte sich in der zweiten Hälfte der 1920er Jahre immer mehr von demokratischen und parlamentarischen Prinzipien. Und es ist eben kein Zufall, dass die Sozialdemokratie bis zu ihrem Verbot im Februar 1934 versuchte, Verfassung, Demokratie und Parlament zu verteidigen – leider vergeblich!

Die „Große Koalition“: das politische System der Nachkriegszeit

Nach der Befreiung vom Faschismus wurde die Republik Österreich wiedererrichtet und es war der damaligen politischen Stimmung geschuldet, dass die Verfassung von 1920 wieder als „Betriebssystem“ (Alexander Van der Bellen) installiert wurde. „Große Koalitionen“ gewährleisteten die Wahrung der Interessen der großen gesellschaftlichen Klassen im Regierungs- und Gesetzgebungsgefüge Österreichs. Durch die zentrale Bedeutung der Sozialpartnerschaft in den ersten Jahrzehnten der Zweite Republik wurde dies abgesichert und verstärkt.

Die Krise des Modells „Große Koalition“

Durch mehrere Entwicklungen kam dieses Politiksystem unter Druck. Die Offensive des Neoliberalismus in den vergangenen 30 bis 40 Jahren führte auch in der österreichischen Gesellschaft zu einer immer stärkeren Dominanz der besitzenden Klassen. Die Bereitschaft zu sozialpartnerschaftlichen und großkoalitionären Kompromissen wurde bei diesen immer geringer. In den letzten Jahren der großen Koalition herrschte oft gegenseitige Blockade und in besseren Fällen eine rein arithmetische Kompromisspolitik.

DER AUTOR:

Bernd Dobesberger ist Landesbildungsvorsitzender der SPÖ Oberösterreich.



Und genau an dieser Stelle kommt Sebastian Kurz ins Spiel. Seit seiner Inthronisierung als ÖVP-Obmann und Kanzlerkandidat im Frühsommer 2017 versprach Kurz eine effiziente Regierungspolitik und damit gleichsam ein Ende des in die Krise geratenen österreichischen Systems der großen Koalitionen. Unter dem Versprechen der „Modernisierung“ und „Erneuerung“ gelang es ihm, die ÖVP bei den Nationalratswahlen 2017 zur stimmenstärksten Partei zu machen.

Mit Kurz'scher Effizienz gegen den österreichischen Parlamentarismus

Was Sebastian Kurz aber eigentlich mit „effizienter Regierungspolitik“ meinte, stellte sich relativ rasch nach der Angelobung der türkis-blauen Koalition

Das österreichische Parlament: Definitiv nicht der Lieblingssort von Sebastian Kurz.



heraus: Gemeint war die Zurückdrängung jenes Parlamentarismus, den die österreichische Verfassung seit 1920 hochhält. Das stellte Kurz in den kurzen 17 Monaten seiner Amtszeit mehr als deutlich unter Beweis: Es gab keine wirklichen Debatten im Parlament, weder in den Ausschüssen, noch im Plenum. Regierungsvorlagen wurden von den Koalitionsabgeordneten möglichst schnell und möglichst unverändert im Nationalrat beschlossen. Begutachtungsverfahren verloren stark an Bedeutung. Nur wenn handwerkliche Fehler in den Gesetzesvorlagen zu offensichtlich waren, kam es im Laufe der parlamentarischen Debatte zu Änderungen.

Das persönliche Interesse von Sebastian Kurz an parlamentarischer Arbeit ist praktisch nicht vorhanden. Seine gelangweilte Haltung und sein Desinteresse an der Diskussion sind klare Zeichen. Auch sein Verhalten nach dem Ende der Koalition aus Volkspartei und Freiheitlichen zeigte dies deutlich. Er ersetzte die zurückgetretenen bzw. entlassenen freiheitlichen Regierungsmitglieder faktisch ohne Konsultationen der Par-

lamentsfraktionen nach seinen eigenen Vorstellungen – und schien dann ehrlich verwundert zu sein, dass eine Mehrheit der Abgeordneten dies nicht akzeptierte. Nachdem ihm und seiner Regierung von der Nationalratsmehrheit das Vertrauen versagt wurde, verzichtete er auf sein Nationalratsmandat – wen wundert's...

„Das Interesse von Sebastian Kurz an parlamentarischer Arbeit ist nicht vorhanden.“

Der Sonnenkanzler

Sebastian Kurz kann sich Politik nur als absolutistisches „Durchregieren“ an der Spitze einer Regierung vorstellen. Die parlamentarische Debatte wird durch vorgeblich effizientes Regierungshandeln ausgehebelt. Und die gesellschaftliche Auseinandersetzung soll durch Message Control dominiert oder gar ersetzt

werden. Es geht dabei nicht, wie von Kurz vorgeschoben, einfach um die Frage

„Sebastian Kurz kann sich Politik nur als absolutistisches ‚Durchregieren‘ vorstellen.“

politischer Geschwindigkeit. Es geht in Wirklichkeit um die Frage, wessen Interessen in erster Linie durchgesetzt werden. Die besitzenden Klassen sehen ihre Interessen zu Recht bei Sebastian Kurz aufgehoben. Dafür spendeten sie im Wahlkampf auch reichlich.

Doch Kurz ist auf dem Irrweg. In demokratischen Gesellschaften müssen die unterschiedlichen Interessen der Klassen erkannt und auch anerkannt werden. Im Parlament müssen diese unterschiedlichen Interessen verhandelt werden. Nur so kann sich eine Gesellschaft ohne politische Spaltung und Ausgrenzung im Interesse aller entwickeln.

SPARKASSE 
Oberösterreich

Wir
bewegen
Oberösterreich
seit

17

Jahren

#glaubandich

www.170jahre.at   

Renner Institut OÖ

Besuch im Landtag und Fahrt durchs Rote Linz

Beinahe 50 ehrenamtliche SPÖ-MitarbeiterInnen aus ganz Oberösterreich – vom Bürgermeister bis zum Mitglied - nutzten am 23. Mai 2019 die Möglichkeit, eine Plenarsitzung im Landtag und eine Fahrt durch das „Rote Linz“ zu erleben.

Der morgendliche Frühstückskaffee wurde im Bernaschek-Saal in der SPÖ Landesgeschäftsstelle eingenommen. Landesbildungsvorsitzender Bernd Dobesberger begrüßte die Gäste, die von ihm Interessantes über die Geschichte des „Hotel Schiff“ und die österreichische Verfassung erfuhren. Im Landhaus wurde die RI-Gruppe von Klubdirektor Werner Innreiter empfangen. Sowohl der Besuch der Landtagssitzung als auch die Diskussionen mit der 3. Landtagspräsidentin Gerda Weichsler-Hauer, dem Klubobmann Christian Makor und einigen Abgeordneten erwiesen sich an diesem Tag als besonders spannend.



Ein politischer Tag in Linz: Besuch einer Landtagssitzung, des SPÖ Klubs, der Landesgeschäftsstelle und natürlich eine interessante Stadtrundfahrt durch die sozialdemokratisch geprägte Stadt Linz.

Beim Mittagessen motivierten MEP Evelyn Regner und Hannes Heide, der zukünftige Abgeordnete zum Europaparlament, die ExkursionsteilnehmerInnen für die EU Wahl. Am Nachmittag führte der Linzer Gemeinderat a. D. Hans Eichinger die Gruppe quer durch das „Rote Linz“. Anhand von Beispielen wie der SolarCity, dem Neubaugebiet „Grüne Mitte“ oder auch den Veränderungen im Bahnhofsviertel wurden die Errungenschaften und die Bürger-nähe einer sozialdemokratisch geführten Stadt deutlich sichtbar.

Bund Sozialdemokratischer AkademikerInnen (BSA)

BSA OÖ: Stefan Etzelstorfer ist neuer Vorsitzender

Der Bund Sozialdemokratischer AkademikerInnen (BSA) Oberösterreich hat ein neues Team: Die Delegierten wählten beim BSA-Landtag am 4. Mai einen neuen Vorstand und Stefan Etzelstorfer zum neuen Vorsitzenden. Der 35-jährige Jurist und Betriebswirt folgt damit Christian Forsterleitner nach, der neun Jahre lang BSA-Vorsitzender war.

Nach Standing Ovations der rund 200 BesucherInnen des Landestages und vielen Abschiedsgeschenken für Christian Forsterleitner skizzierte der Neo-Vorsitzende seine Arbeitsschwerpunkte für die kommenden beiden Jahre: „Die Mobilitätsformen werden sich in den nächsten Jahren rasant verändern. Als BSA wollen wir gemeinsam darüber nachdenken, wie wir diese Veränderungen im Interesse der Menschen gestalten können“, sagt Stefan Etzelstorfer. Eines ist jedenfalls klar: Es braucht gerade jetzt mehr denn je einen starken BSA



Oberösterreich, der als Netzwerk der Ideen wichtige Zukunftsfragen stellt und gemeinsam Antworten findet. Das neue Team ist bereit!

Sozialistische Jugend OÖ

Rechtsextreme „Einzelfälle“ steigen – Stelzer sieht zu

Mit einer großen OÖ-Landkarte, auf der sich unzählige „braune Häufchen“ befinden, machte die SJ auf die rechtsextremen „Einzelfälle“ der FPÖ aufmerksam. OÖ ist österreichweite Speerspitze, wenn es um braune FPÖ-Haufen geht. OÖ ist leider auch Speerspitze, wenn es um rechtsextreme Straftaten geht. „Das Rattengedicht in Braunau, engste Verbindungen zwischen FPÖ und den rechtsextremen Identitären oder das Ibiza-Skandalvideo – für Landeshauptmann Stelzer sind das Alles scheinbar keine Gründe, um die Zusammenarbeit mit der FPÖ zu beenden. Und das obwohl die rote Linie mehrmals, weit überschritten worden ist,“ so Nina Andree, Vorsitzende der SJ.

„Wahrscheinlich hält ÖVP-Stelzer an Schwarz-Blau fest, weil die FPÖ genauso Politik für Reiche und Konzerne betreibt. Für leistbares Wohnen oder den Ausbau des öffentlichen Verkehrs wird nichts gemacht. Stattdessen werden Gebühren für Kinderbetreuung und Fachhochschulen eingeführt oder die

Mindestsicherung gekürzt. Politik für die große Mehrheit der Bevölkerung sieht anders aus“, so Andree abschließend.



„Herr Landeshauptmann Stelzer, wann putzen Sie das weg?“



Let's debate – ein spannendes Format an der Uni Linz.
**In der Jury: Meinungsforscher Mag. Didi Daume (IBE),
 Politikredakteurin Mag.a Barbara Eidenberger (ÖÖN) und
 Vizerektor Univ.-Prof. Dr. Andreas Janko (JKU) (v.l.n.r.)**

Das Format des Debattierklubs wäre gerade im studentischen Bereich eine qualitative Bereicherung der Diskussionskultur und könnte zudem das Potenzial von argumentationsfreudigen Personen heben.

Jahoda Bauer Institut (JBI)

Ungleichheit sichtbar machen

Ökonomische Ungleichheiten und große Unterschiede in den Lebensbedingungen sind für die Europäische Union (EU) eine wachsende politische Herausforderung.

Dies zeigt sich in erstarkenden nationalistischen Bewegungen und Ereignissen wie dem Brexit. Die Zukunft der EU wird wesentlich davon bestimmt, ob es gelingt, zu mehr Gleichheit zwischen den Staaten zu kommen und damit die gesellschaftliche Zustimmung zu einem gemeinsamen, solidarischen Eu-

Renner Institut OÖ, BSA OÖ und VSSTÖ Linz

Let's debate

Auf eine spannende Form der inhaltlichen Auseinandersetzung ließen sich junge Menschen an der JKU Linz im April ein. Was an den Universitäten im englischen Sprachraum gang und gäbe ist, fand nämlich in Linz statt: einen Debattier-Klub. Diskutiert wurde von 2 Teams zur Frage „EU - Friedensprojekt oder Auslaufmodell?“. Erst kurz vor der Diskussion wurde gelost, wer dem Team „Friedensprojekt“ bzw. dem Team „Auslaufmodell“ angehört. Die Teammitglieder mussten dann noch ihre Argumente sortieren und diese im Anschluss wechselweise dem Publikum präsentieren. Eine schwierige Aufgabe, die von allen Rednerinnen und Rednern bravourös gemeistert wurde. Die Jury bestand aus Vizerektor Univ.-Prof. Dr. Andreas Janko (JKU), dem Meinungsforscher Mag. Didi Daume (IBE), der Politikredakteurin Mag.a Barbara Eidenberger (ÖÖN) sowie dem Publikum.

ropa zu heben. Das Web-Projekt www.inequalityin.eu macht Ungleichheiten sichtbar und schafft damit die Grundlage für eine faktenorientierte Auseinandersetzung über die Zukunft Europas. Das Ziel ist ein gemeinsames und nachhaltiges Europa, das ein gutes Leben für alle ermöglicht und für zukünftige Generationen sichert. Ein Europa, in dem nicht Wettbewerb und Konkurrenz an erster Stelle stehen, sondern politische Kooperation und Zusammenhalt.

Gesellschaft für Kulturpolitik OÖ (gfk)

Aktueller Schwerpunkt: Störung

Zwei Veranstaltungen dazu gibt es noch im Sommerprogramm: Wie sehr Geschichte störend auf die Gegenwart einwirken kann, wenn sie unbequeme Wahrheiten ans Tageslicht befördert, zeigten die Recherchen des Soziologen und ehemaligen Voest-Betriebsrats Bruno Schernhammer zu Zwangsarbeiter*innen und großen Teilen der heutigen Autobahn A1. Schernhammer liest am 27.6. aus seinem Roman „Und alle winkten. Im Schatten der Autobahn“, danach moderiert der ehemalige Rektor der JKU Linz, Rudolf Ardelt, ein Gespräch dazu.

Am 29.6. laden die gfk und Schwemmland erneut auf das Hollabereranwesen im Linzer Hafen und nutzen den Ort diesmal für kultivierte Störung. Im „Garden of Disturbia“ warten Störexpert*innen, Workshops und Strategien, wie Störungen in Utopien verwandelt werden können. Außerdem Musik, wunderbares Essen aus der Donau und Vorträge u.a. mit Friedrich Schwarz zu Störungen in der Natur.

Infos und Anmeldung: www.gfk-ooe.at

BUCHTIPP



Heidemarie Lex-Nalis und Katharina Rösler: „Geschichte der Elementarpädagogik in Österreich“

Im Februar 2018 verstarb Heidemarie Lex-Nalis, sie war eine der wichtigsten Kämpferinnen in Österreich für eine moderne und kindgerechte Elementarpädagogik. Jetzt erschien posthum ihr gemeinsam mit Katharina Rösler verfasstes Buch „Geschichte der Elementarpädagogik in Österreich“ bei Beltz Juventa. Sowohl die Entwicklung der Institutionen, also insbesondere des Kindergartens, als auch die Geschichte der Pädagogik in diesen Institutionen wird von vor dem 1. Weltkrieg bis heute nachgezeichnet.

Das Buch ist einerseits für alle, die in diesem Bereich pädagogisch oder politisch aktiv sind eine wichtige Arbeitsgrundlage. Andererseits ist es ein hervorragendes Andenken an die wunderbare Heidemarie Lex-Nalis.

Frauenwerkstatt Oö



zielt darauf ab, junge und neu interessierte Frauen bestmöglich zu unterstützen und für die politische Arbeit zu gewinnen.

Zielgruppe: aktive Gemeinderätinnen und Funktionärinnen sowie interessierte Frauen

Module:

- 1) Red´ma – Der WahlErfolgsPlaner; Sa, 28.09.2019; Linz
- 2) Werte, Quoten & Verteilung; Sa, 19.10.2019; Linz
- 3) Zukunft braucht Vergangenheit – unsere Geschichte; Sa, 23.11.2019; Linz
- 4) Mut zur Stimme; Sa, 25.01.2020; Linz

Informationen & Anmeldung bei:

SPÖ Frauenbüro

0664 2597047

E-Mail: monika.rainer@spoe.at



DIE FILMREIFE KULISSE IN LINZ

Eben noch direkt auf der pulsierenden Landstraße und keine zehn Schritte weiter in einer echten Großstadtoase: Das Central besticht trotz der verkehrsgünstigen Lage durch sein ruhiges und entspanntes Flair.

www.centrallinz.at

office@centrallinz.at | +43 5 7726 1199 | Landstraße 36

Folge uns auf Facebook & Instagram!  

© Reinhard Winkler